

Die Finanzkrise: Ursachen, Folgen und Konsequenzen

Wir haben eine schizophrene Situation: Mehrere Jahrzehnte lang sind riesige Milliardenbeträge unkontrolliert in das Finanzsystem geflossen. Mit diesem Geld hätte man alle Menschheitsprobleme einer Lösung näher bringen können, die mit Geld zu lösen sind. Doch stattdessen hat es nur wenigen Menschen zu ungeheurem Reichtum verholfen. Und dabei die Lösung der großen Menschheitsprobleme erschwert. Und jetzt hat sich dieses Finanzsystem selbst also marode erwiesen, dass es nur durch staatliche Schutzschirme aufrechterhalten werden kann. Die Bedrohung bleibt. Ja, noch schlimmer. Jetzt haben wir Weltwirtschaftskrise.

Da stellen sich drei Fragen:

1. Wie konnte es dazu kommen?
2. Was sind die Folgen?
3. Wie kommen wir von einem unkontrollierten Finanzchaos zu einem gerechten Finanzsystem

Was wir erlebt haben, ist die Entwicklung von einem stabilen Weltwährungssystem zum Chaos.

Das stabile Weltwährungssystem wurde 1944 in Bretton Woods aus der Taufe gehoben. Dort fand unter Federführung der USA und Großbritanniens eine Weltwährungskonferenz statt. Obwohl sich beide Siegerländer erheblich stritten, stand am Ende ein stabiles Weltwährungssystem, das den Interessen der USA entsprach: Alle Wechselkurse wurden gegeneinander fixiert und an den US-Dollar gebunden. Diese Leitwährung war in Gold eintauschbar. Überwacht wurde dieses System vom Internationalen Währungsfonds.

Diese stabilen Verhältnisse sorgten dafür, dass Welthandel und Weltproduktion überdurchschnittlich wuchsen. Gleichzeitig beruhten sie auf einer klaren Bedingung: Dass die Menge an Dollars in einem bestimmten festen Verhältnis zu den Goldvorräten entwickelte.

Doch seit Ende der 1960er-Jahre änderten sich die Verhältnisse – durch zwei große Entwicklungen.

1. Es fließt immer mehr Geld auf die internationalen Finanzmärkte: Zunächst ließ die US-Notenbank die Notenpresse immer schneller laufen, um den Vietnam-Krieg zu finanzieren. Große Mengen dieser Dollar landeten als Anlagen auf internationalen Banken. Die riesige Menge an Dollars auf den Finanzmärkten ließ seinen Wert fallen. 1971 musste die US-Regierung verkünden, dass sie den US-Dollar nicht mehr in Gold umwechseln konnte. Das Währungssystem von Bretton Woods zerbrach. Dann folgten die Ölkrise im Jahre 1973 und später noch einmal im Jahre 1979. In kurzem Zeitraum wurden die Erdölpreise vervierundzwanzigfach. Riesige Petrodollar-Beträge flossen an die internationalen Banken – außerhalb jeder Kontrolle. Seit Mitte der 1980er-Jahre wächst die Bedeutung von Aktienanlagen enorm - vor allem in den USA. Dort legen immer mehr Menschen ihr Geld in großen Pensionsfonds an, um ihre Alterssicherung zu finanzieren. Von dort fließen riesige Kapitalmengen auf die Anlagemärkte.
2. Dann kam – als zweite Entwicklung - der ganz große „Schlag“. Nachdem der real existierende Sozialismus 1989 überwunden worden war, hat die Politik weltweit fast alle Begrenzungen für das Kapital abgebaut – ganz im Sinne der Wirtschaftsliberalismus. Dadurch eroberte der neoliberale Finanzkapitalismus die ganze Welt. Bis Ende der 1980er Jahre konnten deutsche Banken nicht mal Filialen in Italien eröffnen –

geschweige denn in Singapur oder Schanghai. Seitdem können alle, die Geld haben, ihre Millionen in Minutenschnelle in andere Länder überweisen. Dies entfachte eine ungeheure Dynamik auf den Finanzmärkten.

Das erschütterte die Weltfinanzmärkte:

1. Weltweit wird die Einkommensverteilung seit 1989 immer ungleicher. Wegen des Wirtschaftsliberalismus. In Deutschland stagnieren die Reallöhne seit den 1990er-Jahren – außer bei sehr hohen Einkommen. Die Gewinne haben sich vervielfacht. In den USA sind die Gewinne seit Anfang der 1990er-Jahre um das 300fache gestiegen, die Löhne gesunken. Diese Überschüsse werden längst nicht mehr in die reale Wirtschaft investiert, sie fließen auf die Finanzmärkte. Denn: Geldanlagen haben mehr Gewinne gebracht als reale Investitionen.
2. Rund 70 Ländern erheben geringe oder gar keine Steuern auf Zinsen, Dividenden und Börsenerträge. Und sie geben keine Auskunft über ihre Kunden. Steuerhinterziehung gilt bei ihnen nicht als Straftat, sondern als Kavaliersdelikt – deshalb leisten sie keine Rechtshilfe bei der Verfolgung von Steuerhinterziehern. So wurden die Steueroasen zum Magneten für das Geld all jener, die keine Steuern zahlen wollen oder viel zu verbergen haben. Nach Informationen der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) lagern derzeit 9200 Milliarden US-Dollar in den Steuerparadiesen – rund ein Fünftel davon soll aus der organisierten Kriminalität stammen.
3. Gleichzeitig tauchten an den Finanzmärkten neue Akteure auf. Es gibt inzwischen 10.000 Hedgefonds oder private equity firms. Das sind Anlagegesellschaften, die außerhalb der Bankenaufsicht mit Institutionen oder millionenschweren Anlegern zusammenarbeiten – und ihnen hohe Renditen versprechen. Diese erzielen sie, indem sie wie Heuschrecken, Betriebe aufkaufen, die Kosten senken und sie dann zu hohen Gewinnen wieder verkaufen. Für die Beschäftigten dieser Betriebe ist dies oft katastrophal, für die Anleger sehr rentabel. Zumal auch die Hedgefonds Konten in Steueroasen wie den Kanalinseln haben.
4. Diese Entwicklungen setzten die großen Banken unter Druck. Sie hatten jetzt große Freiheiten, aber ein Problem: Wohin mit dem vielen Geld? Es für Zinsen anzulegen, versprach wenig Rendite – im Vergleich zu Hedgefonds. So begannen der Boom des Investmentbanking und die Dominanz der Rendite. Die Banken beteiligten sich an Investitionen und an Spekulationen. Fast jede Woche entwickelten die Banken neue Finanzinstrumente. Sie kombinieren Aktien mit Wertpapieren, spekulieren mit Papieren, die eigentlich zur Absicherung von Währungsrisiken dienen, den sogenannten Derivaten. Es sind Geschäfte, bei denen es keine Beziehung zwischen Geldanlage und Endprodukt gibt. Es sind Geschäfte mit hohen Risiken. Und es sind Geschäfte, die durch wenig Eigenkapital unterlegt sind. Es wird Geld geschöpft. Auf der Suche nach hohen Renditen wurden Anfang dieses Jahrtausends auch Darlehen an US-amerikanische Häuslebauer plötzlich sehr attraktiv. Sie zahlten Zinsen zwischen 5 und 9 Prozent – und zudem gab es die Erwartung ständig steigender Immobilienpreise. Das war Grund genug für internationale Investmentbanken, die Kredite von Häuslebauern aufzukaufen, in Wertpapiere zu verwandeln sie dann an andere Banken weiterzuverkaufen. So entsteht ein Kartenhaus aus Geldanlagen, das einbrach, wenn sich eine oder mehrere Karten als Luschen erweisen. Das geschah in dem Augenblick, in dem die Häuserpreise in den USA fielen.
5. Erleichtert wurde all dies dadurch, dass die Börsen nur eine sehr einseitige Ethik haben: Es geht dort nur um nackte Zahlen. Neue Erfindungen, hohe Gewinne, hohes Wachstum einer Firma, die Übernahme eines Unternehmens durch ein angesehenes Unternehmen

machen die Aktien eines Betriebes für Käufer attraktiver – dann steigt ihr Preis. Umgekehrt machen negative Meldungen über Produkte und Märkte, unliebsame Folgen eines Produktes, Meldungen über Missmanagement Aktien weniger attraktiv – die Kurse sinken. Keine große Rolle spielen die Faktoren hinter den Zahlen. Das hat Konsequenzen: Hohes Wachstum ist messbar – nicht gefragt wird, ob es irgendwo auf der Welt die Umwelt zerstört. Hohe Gewinne sind messbar – nicht wichtig ist, ob sie dadurch entstanden sind, dass Beschäftigte entlassen wurden.

Diese fehlende Ethik lässt der Gier freien Raum, auch der Gier gewöhnlicher Bankkunden.

Die Finanzkrise ist ein Produkt von immer mehr Geld auf den Finanzmärkten, zunehmender Geldschöpfung, einer wachsenden Dominanz des Renditestrebens bei immer weniger Regeln und immer weniger Ethik.

Diese Entwicklung auf den Finanzmärkten hat Folgen:

1. Jede Finanzkrise mündet in eine Wirtschaftskrise. Jede große Spekulationskrise wirkt sich auf die Realwirtschaft aus. Nach der Asienkrise verloren in Indonesien 1,5 Millionen Menschen innerhalb von drei Monaten ihren Arbeitsplatz. Derzeit verlieren auch in den USA und in Europa Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren, weil die Finanzkrise die Nachfrage dämpft und den Welthandel verringert. Im Süden trifft die Wirtschaftskrise vor allem jene Länder, die in den vergangenen Jahren viel exportiert und von höheren Rohstoffpreisen profitiert haben. Jene Länder, die immer noch unter hohen Auslandsschulden leiden. Auch die Zahl der Hungernden wächst wieder, nachdem sie mehrere Jahre lang zurückgegangen ist.
2. Wie es jetzt absehbar wird, führt die Finanzkrise zu hoher Staatsverschuldung. Kurz regierte die Hoffnung, dass, die Regierungen könnten durch die Gewährung von Bürgschaften alleine den Geldfluss zwischen den Banken beschleunigen. Nun fließt wirklich Geld. In Deutschland rund 80 Milliarden Euro in Konjunkturprogramme sowie bisher mehr als 150 Milliarden als Hilfen für Banken wie die Hypo Real Estate, die IKB-Bank oder die Commerzbank. 150 Milliarden Euro entsprechen den gesamten Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. In den USA gibt es einen Rettungsschirm von 500 Milliarden Dollar und Investitionsprogramme von 700 Milliarden Dollar. Da für diese Ausgaben weder entsprechende Einsparungen noch Steuererhöhungen beschlossen wurden, dürften sie zu einer hohen Verschuldung führen. Längerfristig droht eine Inflation, wenn die Wirtschaft wieder anspringt.
3. Die Steueroasen führen zu hohen Verlusten für die Steuerbehörden. Die OECD schätzt diese Verluste jährlich auf mindestens 250 Milliarden Dollar. Allein den Entwicklungsländern gehen jedes Jahr 50 bis 100 Milliarden Dollar verloren. Der deutsche Bundesfinanzminister verliert jedes Jahr 10 bis 15 Milliarden Euro, weil die Deutschen 600 bis 700 Milliarden Euro in Steueroasen angelegt haben.
4. Ökologische Zerstörung durch Schnelllebigkeit. Wie sehr die Entwicklung des Weltfinanzsystems die Lösung großer Menschheitsprobleme erschwert, das brachte einmal John Reed, der Chef der größten US-amerikanischen Bank, der City Corporation, auf den Punkt: „Die globalen Märkte und die große Kapitalkonzentration verkürzen unseren Zeithorizont. Die wirtschaftliche Entwicklung wird immer schnelllebiger. Die Rettung der Regenwälder am Amazonas ist ein Luxus, den man sich unter diesem Geldsystem nicht leisten kann.“ Eine nachhaltige Entwicklung ist mit dem rasenden Spekulationskarussell nicht vereinbar.

Die Folgen dieser Entwicklung an den unkontrollierten Finanzmärkten sind also schwerwiegend. Bleibt die Frage: Wenn die Finanzmärkte außer Kontrolle geraten sind, wie

bringt man sie wieder unter Kontrolle. Die Antwort: Durch klare politische Strategien sowie durch ein anderen Umgang mit Geld durch Banken und Bankkunden

Drei große Schritte sind wichtig:

1. Der Umbau des Finanzsystems

Will die Politik verhindern, dass nach der Intervention des Staates alles so katastrophal weitergeht wie es bisher lief, dann müssen die Regierungen den Bankenbereich gezielt regulieren. Klare Spielregeln müssen dafür sorgen, dass alle neuen Bankprodukte durch einen unabhängigen Finanz-TÜV überprüft werden. Zweitens muss die Gewährung von Krediten und den Verkauf von Finanzierungsinstrumenten an strenge Vorschriften gebunden werden, die eine unbegrenzte Geldschöpfung und bestimmte Formen der Spekulation wie Leerverkäufe begrenzen, periodisch zur Krise führen müssen.

Mithaftung der Kapitalanleger für Finanzkrisen

Seit Jahren begleichen die Regierungen die Verluste privater Investoren – und dies mit Steuergeldern. Dies sind klassische Fälle sozialisierter Verluste, während die Gewinne nicht nur privat sind, sondern auch immer weniger mit Steuern belastet werden. Deshalb ist es wichtig, die internationale Finanzwirtschaft künftig an den finanziellen Folgen ihres Tuns zu beteiligen: indem sie nicht alle Forderungen zurückerhalten oder indem sie Beträge in einen Sanierungsfonds einzahlen, so dass nicht alle Lasten dem Steuerzahler aufgehalst werden.

Austrocknung der Steueroasen

Wie einfach solche Staaten zur Kooperation gezwungen werden könnten, demonstrierte die US-Regierung nach dem 11. September 2001. Kaum hatte sie den Steuerparadiesen in der Karibik damit gedroht, dass diese künftig nicht mehr mit Dollar-Wertpapieren handeln dürfen, konnten US-Agenten schon verdächtige Konten auf den Cayman-Inseln nach Al-Quaida-Verbindungen durchsuchen. Dies zeigt: Schon die Drohung, die Steuerparadiese von den Weltfinanzmärkten abzukoppeln, würden diese zur Kooperation zwingen.

Einführung einer Finanzumsatzsteuer

Die so genannte Tobinsteuer ist in aller Munde und das ist auch gut so. Im Jahre 1978 schlug der Nobelpreisträger James Tobin eine Steuer von 0,5 Prozent auf alle Käufe und Verkäufe von Devisen an den Börsen der Welt vor. Inzwischen ist der Vorschlag aktueller denn je. Denn eine solche Steuer könnte zwei Probleme zugleich lösen: Viele kurzfristigen Käufe und Verkäufe, die nur wegen geringer Gewinnspannen getätigt werden, finden dann nicht mehr statt. Die Umsätze sinken, die Finanzmärkte werden beherrschbarer. Zum zweiten bringt die Börsenumsatzsteuer viel Geld in die öffentlichen Kassen.

2. Nachhaltige Wirtschaftspolitik – national und global

Konjunkturprogramme gegen die Krise sind richtig. Unter zwei Bedingungen. Erstens: Die Schulden sollten nicht stark steigen. Zweitens sollten die Programme nachhaltig sein, also gerecht, ökologisch und zukunftsorientiert. Dafür braucht es Mut. Den Mut, Steuern auf höhere Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Luxuskonsum zu erhöhen. Mit dem Ziel, die Steuereinnahmen insgesamt zu erhöhen. Und dieses zusätzliche Geld wird dann massiv in die nachhaltige Zukunft der Gesellschaft zu investieren: in Innovation, in Forschung und Entwicklung, in den ökologischen Umbau der Gesellschaft, also in die biologische Landwirtschaft, in ökologische Verkehrsangebote und in eine umweltverträgliche Energiewende. Dazu brauchen wir Investitionen in Bildung und Ausbildung. Auf diese Weise lassen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Das Land wird gerechter und

umweltverträglicher – und dieser Umbau schafft mehrere hunderttausend Arbeitsplätze. Und die künftigen Generationen müssen diese Programm nicht allein bezahlen, wie dies im Falle von Schulden tun.

Eine nachhaltige Politik braucht es auch für die Länder des Südens. Hier geht es damit, dass man mit Tabus bricht. Zum einen mit dem Tabu, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank seien Anwälte der Dritten Welt – dort hat der Süden nichts zu sagen.

Und zum anderen mit dem Tabu, der Markt würde alles richten. Auch das stimmt nicht. Spekulationen mit Nahrungsmitteln nutzen allenfalls einige Spekulanten. Der freie Welthandel ist längst nicht für alle Länder ein Vorteil. So geht es mehr gezielte Hilfe, um eine Art von globalem Marshallplan, der mit einer Finanzumsatzsteuer finanziert wird, um Hilfe zur Selbsthilfe zu finanzieren – in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Süden. Es geht um soziale und ökologische Mindestauflagen für den Welthandel. Und geht auch darum, dass sich diese Länder von den Billigprodukten auf dem freien Welthandel ebenso schützen können wie vor ungehemmtem Kapitalabfluss. Nachhaltig für den Süden bedeutet mehr Hilfe zu einer eigenständigen Entwicklung, mehr soziale und ökologische Standards und weniger Zerstörung durch die unkontrollierten Kräfte des Weltmarktes und die Politik des Nordens.

In diesem politischen Umfeld haben Mikrofinanz-Institutionen wie Oikocredit eine beispielhafte Funktion: Wenn es ihnen gelingt, mit Kredite zu günstigen Zinsen ärmere Bevölkerungsgruppen in ihrer eigenständigen Entwicklung zu stärken, Frauen einzubeziehen, die Umwelt zu respektieren – dann sind sie eine Alternative zu jenen Finanzmechanismen, die zur Finanzkrise geführt haben. Voraussetzung ist allerdings, dass sie sich nicht auch schleichend Renditezwängen erliegen.

3. Wir brauchen einen neuen Umgang mit Geld

Banken und Bankkunden brauchen einen anderen Umgang mit Geld. Es braucht ein Bewusstsein dafür, dass möglichst hohe Renditen nur durch sehr hohe Risiken zu erzielen sind – und dass hohe Renditen für Anleger immer mehr Geld an die Vermögenden fließen lassen. Und es braucht ein Bewusstsein dafür, dass das Bankgeheimnis jene Transparenz verhindert, die im Geldverkehr notwendig. Denn über Geld vermitteln sich auch Beziehungen über Menschen.

Die Finanzkrise macht deutlich, dass es eine andere Politik der Banken braucht. Banken müssen den Kunden die Chance geben, über die Verwendung ihrer Gelder mitzubestimmen. Sie müssen ihren Kunden phantasievolle Angebote machen, die auch mit geringen Renditen, aber dafür klaren sozialen oder politischen Zielen verbunden sind. Warum bieten Volksbanken und Sparkassen nicht gezielt Umweltsparbriefe oder Regionalsparbriefe. Warum gibt es keinen Pflegesparbrief, keinen Sozialsparbrief – viele Christen würden ihre Ersparnisse dort investieren.

Mindestens so groß ist die Verantwortung der Anleger. Ihre große Chance liegt darin, ihr Geld nach ihren Idealen arbeiten zu lassen: Es gibt Banken, bei denen die Sparer/innen wählen können, ob sie ihr Geld allgemein für soziale, ökologische oder kulturelle Ziele arbeiten lassen. Oder ob sie spezielle Ziele wie die ökologische Landwirtschaft, erneuerbare Energiequellen oder eine Philharmonie für Nachwuchsmusiker fördern wollen. Eine Finanzkrise wird es dann kaum geben, denn jeder Kredit entspricht einem sichtbaren Gegenwert. Die Ersparnisse sind bei diesen Banken so sicher wie bei allen anderen Banken, weil sie den bankenüblichen Sicherungseinrichtungen angehören.

Unter diesen Voraussetzungen leistet auch Oikocredit einen großen Beitrag zu einem anderen Finanzsystem. Die Entwicklungsgenossenschaft hat ein großes Potenzial; nämlich engagierte Anleger/innen, die auf eine hohe Rendite verzichten. Entsprechend kann

Oikocredit seine Kredite zinsgünstiger vergeben. Wenn die Wege des Geldes so weit transparent sind, dass jedem Cent an Kredit auch ein sichtbare realer Gegenwert entspricht, dann ist dieser Umgang mit Geld eine Alternative zu den anonymen, häufig spekulativen internationalen Finanzstrukturen.

Das ist Selbstbestimmung durch einen anderen Umgang mit Geld. Und den müssen wir aus der Finanzkrise lernen

Kurzum: Ich kann zwar den bundespräsidentalen Satz, nach dem die Krise eine Chance ist, kaum mehr hören. Doch die Finanzkrise bietet ein: Nämlich jene, das Ende des Finanzkapitalismus dazu nutzen, dass Geld künftig den Menschen und der Natur dient – und nicht umgekehrt.

Wolfgang Kessler ist promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und Chefredakteur der kritisch-christlichen, aber kirchenunabhängigen Zeitschrift Publik-Forum. Seine Bücher »Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle« und »Macht's besser. Die Welt verändern und das Leben genießen« erhalten Sie beim Publik-Forum Verlag (www.publik-forum.de/shop) und im Buchhandel